

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 16.02.2016	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	22. Plenarsitzung Gemeinderat 22.03.2016 2016/0065 31 öffentlich
Kosten und Wirkung von Videoüberwachung (VÜ)		

1. Wie viele behördliche Überwachungskameras befinden sich aktuell im Stadtgebiet Karlsruhe im öffentlich zugänglichen Raum? Bitte aufschlüsseln nach Standort der Kamera.
2. Welche technischen Eigenschaften besitzen die Anlagen? (Echtzeitüberwachung oder Aufzeichnung)
3. Wie hoch sind die jährlichen laufenden Kosten für die Kameras? Falls neue geplant sind, wie hoch sind die geplanten Investitionskosten?
4. Wie viele Straftaten konnten eindeutig aufgrund der VÜ 2014 und 2015 aufgeklärt werden? Wie viele in denselben Jahren nur aufgrund reiner polizeilicher Ermittlungen?
5. Betrifft Videoüberwachung (VÜ) in den Bahnen des Karlsruher Verkehrsverbundes:
 - a) Um welche Arten von Anlagen handelt es sich hier? (Echtzeitüberwachung oder Aufzeichnung)
 - Bei Echtzeitüberwachung: Wie viele Personen beobachten die Monitore?
 - Bei Aufzeichnung: wie lange ist die Speicherung?
 - b) Wie hoch waren die jährlichen durchschnittlichen Anzahlen von Straftaten bzw. Sachbeschädigungen vor der Einführung der VÜ?

Wie hoch nach deren Einführung bis 2015?
6. Wie steht die Stadt zu der Aussage, dass ein sicherheitsgewährendes Umfeld, z.B. ausreichende Ausleuchtung von Verkehrs- und Fußwegen, bedarfsgerechter ÖPNV auch in den Nachtstunden, bedarfsgerechte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum usw. mehr zur Sicherheit der Bürger/innen beiträgt als eine mehr oder weniger diffuse Video-Überwachung aller Bürger/innen?
7. Liegen der Stadt Informationen vor, wo sich aufgrund der Einführung von VÜ die Kriminalität verlagert hat?

Sachverhalt / Begründung:

Überwachungen der Bürgerinnen und Bürger, auch per Video, schränken grundsätzlich die verbrieften Freiheitsrechte gegenüber dem Staat ein. In wie weit die Videoüberwachung für Bürgerinnen/Bürger einen Zusatznutzen in Bezug auf deren Sicherheit bringt, ist bisher nicht nachgewiesen.

Die Linke Karlsruhe möchte deshalb die Überwachung im öffentlichen Raum und in den Bahnen der Karlsruher Verkehrsverbundes hinterfragen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos